

Presse-Information

18.3.2011

Wohnungswirtschaft fordert von Landesregierung Einsatz für Städtebauförderung

Der VdW Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen fordert die NRW-Landesregierung dazu auf, sich für den Erhalt der Städtebaufördermittel einzusetzen. „Die von der Bundesregierung geplante Reduzierung auf 266 Millionen für das Jahr 2012 ignoriert vollkommen die gesellschaftlichen Entwicklungen in unseren Städten und Gemeinden“, sagt Verbandsdirektor Alexander Rychter. „Um etwa den strukturellen Wandel im Ruhrgebiet – aber nicht nur dort - bewältigen zu können, müssen sich die engagierten Menschen in Quartieren, die den Stadtumbau dringend nötig haben, auf stetige Förderpolitik verlassen können.“

Wie heute bekannt wurde, sehen die Eckpunkte der Bundesregierung zum Haushalt 2012 vor, die bundesweiten finanziellen Beihilfen auf 266 Millionen Euro zu kürzen. Damit läge der Wert nicht einmal bei der Hälfte dessen, was 2010 für die Städtebauförderung ausgegeben worden ist. Schon für 2011 war das Programm, das per Verwaltungsvereinbarung auf die Länder aufgeteilt wird, auf 455 Millionen zusammengestrichen worden. Waren es 2010 laut Verwaltungsvereinbarung noch 85 Millionen Euro, die der Bund dem Land NRW zur Verfügung stellte, sind es für 2011 nur 71 Millionen Euro. Sollten die Eckpunkte im Gesetz umgesetzt werden, ist mit noch weniger Geld für Stadtumbauprojekte zu rechnen. Dieser Trend gehe völlig in die falsche Richtung, so Verbandsdirektor Alexander Rychter. „Jetzt ist auch die nordrhein-westfälische Landesregierung gefordert, diese falsche Förderpolitik zu stoppen, möglicherweise mit einer Bundesratsinitiative“, erklärt Rychter. Schon im vergangenen Jahr hatten es die Bauminister der Länder unterstützt von kommunalen, wohnungswirtschaftlichen und sozialen Verbänden geschafft, die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei der Städtebauförderung in Teilen zurückzunehmen.